

Einleitung

Lukas Geisler, Lars Hebisch & Helena Schäfer

Trotz eisiger Temperaturen und strömendem Regen haben sich ungefähr 500 Studierende und Beschäftigte der Goethe-Universität in Frankfurt am Main vor dem Präsidiumsgebäude für eine Kundgebung versammelt. Im Gebäude läuft eine Sitzung des monatlich tagenden Senats der Universität, an der an diesem Tag Ende November 2025 auch fast 50 Studierende teilnehmen. In den Fenstern des Nachbargebäudes ist in großen Lettern der Schriftzug »NO CUTS« zu erkennen. Auf den selbstgemalten Schildern der Protestierenden steht »Goethe-Uni ins Grab gespart« oder »Hier ruht die Vielfalt der Bildung«. Auf einem Banner steht »40.000 vs. Schleiff!« – 40.000 sind die Studierenden, Enrico Schleiff der Universitätspräsident.

Die Forderung des sich kurzfristig gegründeten Protestbündnisses *No Cuts at Goethe*, das aus Studierenden, Beschäftigten und Gewerkschaften besteht, lautet: Keine Kürzungen und mehr Mitbestimmung. Dazu hat das Bündnis eine Aktions- und Protestwoche mit Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Textlektüren und kulturellen Events organisiert. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden Stellenbesetzungen und Berufungen gestoppt und weitere Kürzungen von Personal sowie Sachmitteln anvisiert. Im Raum stehen Um- und Restrukturierungen von etwa 40 Prozent des gesamten Universitätshaushalts, Einsparungen in einer Größenordnung von mindestens zehn Prozent sind gewiss.¹ Dies würde massive Einschnitte für Studierende wie für Beschäftigte bedeuten. Ganze Studiengänge könnten gestrichen werden. Zudem wurde bekannt, dass das Präsidium in einer sich in der Abstimmung befindenden Rahmenordnung plant, eine Maximalstudienzeit einzuführen, die dazu füh-

1 Vgl. Fachschaft Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt: »#NO-CUTSATGOETHE. Zahlen und Fakten«, <https://www.nocutsatgoethe.de/zahlen-und-fakten-1>, Zugriff am 18.11.2025.

ren könnte, dass nach neun Semestern im Bachelor und sechs Semestern im Master eine Zwangsexmatrikulation droht.²

Hintergrund der Kürzungen und Umstrukturierungsmaßnahmen an der Goethe-Universität ist der im Juli 2025 unterzeichnete hessische Hochschulpakt, der von 2026 bis 2031 gilt.³ Nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hessen gehen die hessischen Hochschulen davon aus, dass sie in der Laufzeit des Pakts ein Finanzierungsdefizit von rund einer Milliarde Euro aufbauen werden, was ungefähr zehn Prozent ihres Gesamtpersonaletats entspricht.⁴ Bereits im Juli 2025 protestierten deshalb 3.500 Menschen gegen die Unterzeichnung des Hochschulpaktes.⁵ Die Präsident*innen der 14 hessischen Hochschulen unterschrieben den Pakt trotzdem. In anderen Bundesländern stehen ähnliche Kürzungen an (siehe *Simone Claar und Tobias Cepok* in diesem Band).

Diese Auseinandersetzungen um die Hochschulfinanzierung in Hessen kochen genau zu dem Zeitpunkt hoch, als wir uns verschiedene Versionen dieser Einleitung hin- und herschicken. Es ist ein trauriges Zeichen dafür, wie zeitgemäß es ist, gerade jetzt an einem Band über die Krise(n) der Universität zu arbeiten. Doch die Eskalation dieses Konflikts bettet sich in Entwicklungen ein, die in einer längeren Kontinuität stehen. Peter Fleming, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der University of Technology in Sydney, beschreibt in seinem 2021 erschienenen Buch *Dark Academia. How Universities Die* die neoliberale Universität, die er als unternehmerisches und bürokratisches System bezeichnet, das nach Logiken des Managements, der Kennzahlen und des Profits funktioniert. Er konstatiert eine hohe psychische Belastung bei

2 Vgl. Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) der Goethe-Universität: »Offener Brief gegen den vorgelegten Erstentwurf der Novellierung der Rahmenordnung«, <https://asta-frankfurt.de/2025-11/offener-brief-gegen-den-vorgelegten-erstentwurf-der-novellierung-der-rahmenordnung>, Zugriff am 18.11.2025.

3 Vgl. Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: »Hessischer Hochschulpakt 2026–2031«, https://wissenschaft.hessen.de/sites/wissenschaft.hessen.de/files/2025-07/hessischer_hochschulpakt_2026-2031.pdf, Zugriff am 18.11.2025.

4 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Frankfurt: »Widerstand gegen den neuen Hochschulpakt«, <https://www.gew-frankfurt.de/flz/artikel/details/widerstand-gegen-den-neuen-hochschulpakt>, Zugriff am 18.11.2025.

5 Vgl. Hessenschau: »Hochschulpakt: Demos an mehreren hessischen Unis gegen Kürzungen«, <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/hochschulpakt-demos-an-mehreren-hessischen-unis-gegen-kuerzungen-v2,demo-hochschulen-100.html>, Zugriff am 18.11.2025.

Studierenden und Forschenden – Burnout, psychische Erkrankungen und Selbstverletzungen seien nicht Randphänomene, sondern Ausdruck der tiefen strukturellen Misere. Über dieses System schreibt er:

»Das Problem ist nicht ein Mangel an besseren Modellen für die Leitung von Universitäten, insbesondere der öffentlichen. Davon gibt es reichlich [...]. Das Problem ist vielmehr, wie wir diese Modelle angesichts der tiefen Verankerung des derzeitigen Systems umsetzen können. Die Umwandlung der Hochschulen in Unternehmen ist so fortgeschritten (auf finanzieller, organisatorischer, individueller und subjektiver Ebene), dass eine Umkehrung unter den gegenwärtigen Umständen nahezu unmöglich erscheint. Anstatt sich zu wehren, haben die meisten Akademiker*innen lediglich Wege gefunden, in den Ruinen der Universität zu leben. Diese intensive Grundstimmung der Resignation, ob gerechtfertigt oder nicht, bildet den Hintergrund für das, was ich als *dark academia* bezeichne.«⁶

Für Fleming impliziert *dark academia* aber kein nostalgisches Bild der Universität als Elfenbeinturm. Es handelt sich vielmehr um ein analytisches Konzept, das ein System beschreibt, das äußerlich noch so tut, als sei es aufklärerischen Bildungsidealen verpflichtet, aber innerlich von unternehmerischer Rationalität, Kontrolle und Entfremdung geprägt ist. In diesem System ist die Wissenschaft stark instrumentalisiert, ihr wird kein intrinsischer Wert beigemessen. Fleming warnt deshalb, dass dieser Zustand nicht nur die wissenschaftliche Autonomie bedroht, sondern auch die Demokratie, da kritisches Denken unter ökonomischem Druck steht.

Neu ist diese Analyse nicht. Bereits Mitte der 1990er Jahre diagnostizierte der Literaturwissenschaftler Bill Readings, dass die Universität eine »ruinierte Institution« ist.⁷ Er regte an, darüber nachzudenken, was es bedeutet, in diesen Ruinen zu leben ohne dabei in romantische Nostalgie zu verfallen: »In

6 Eigene Übersetzung: »The problem is not a lack of better models for governing universities, particularly public ones. There are plenty of those available [...]. The trouble is how we might realise them given how embedded the present system now is. Corporatisation has been so exhaustive (on a financial, organisational, individual and subjective level) that reversing it in the current context feels nearly impossible. Rather than fighting back, most academics have merely found ways to dwell in the ruins. This intense undercurrent of resignation, whether warranted or not, sets the scene for what I term *dark academia*.« (Fleming, Peter: *Dark Academia. How Universities Die*, London: Pluto Press 2021, S. 5.)

7 Readings, Bill: *The University in Ruins*, Cambridge: Harvard University Press 1996.

den Ruinen der Universität zu leben, ist der Versuch zu tun, was wir können, und gleichzeitig Raum für das zu lassen, was wir uns nicht vorzustellen vermögen.«⁸ Auch im deutschsprachigen Raum wurde der Zustand der Universitäten zahlreich kritisiert. Dabei reicht das Spektrum der Kritiker*innen vom Sozialwissenschaftler Alex Demirović bis hin zum Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Jürgen Kaube.⁹

Abgesänge auf die Universität hat es wohl schon immer gegeben. Seit mehr als 30 Jahren kreisen sie aber nun um das, was gemeinhin unter den Schlagworten unternehmerische Hochschule¹⁰, akademischer Kapitalismus¹¹, organisierte Halbbildung¹², Neoliberalisierung der Universität¹³ oder eben *dark academia* gefasst wird. Im Zentrum der Kritiken stehen also die Übertragung wirtschaftlicher und wettbewerblicher Logiken auf die Bildungsinstitutionen. Die meisten dieser Analysen haben ihre Richtigkeit, auch wenn sie unterschiedliche Schwerpunktsetzungen vornehmen. Denn viel ist nicht übrig von der for-

-
- 8 Eigene Übersetzung: »To dwell in the ruins of the University is to try to do what we can, while leaving space for what we cannot envisage to emerge.« (Readings, Bill: »Dwelling in the Ruins«, in: *University of Toronto Quarterly* 66.4 (1997), S. 589.)
- 9 Siehe u.a. Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit. Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015; Kaube, Jürgen: »Zustand der Universitäten: Kritik ohne Vernunft«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.12.2023, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kommentar-zur-lage-de-r-universitaeten-kritik-ohne-vernunft-19388083.html>, Zugriff am 19.11.2025.
- 10 Vgl. Fankel, Johanna: »Kritik der unternehmerischen Hochschule. Von Employability und ihren hochschulpolitischen Konsequenzen«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 197–210.
- 11 Vgl. Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin: Suhrkamp 2011.
- 12 Vgl. Demirović, Alex: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion an Hochschulen. Ein Gespräch mit Martin Birkner«, in: Birkner, Martin (Hg.), *Emanzipatorische Wissenschaftskritik in Zeiten von Klimakrise & Pandemie*, Wien: Mandelbaum 2022, S. 297–323, hier: S. 302. Siehe auch Münster, Lisa Marie: »Was ist Organisierte Halbbildung? Eine Annäherung an die Realität von Studierenden heute«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 29–42.
- 13 Vgl. Belina, Bernd/Petzold, Tino/Schardt, Jürgen/Schipper, Sebastian: »Die Goethe-Universität zieht um. Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität«, in: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1.1 (2013), S. 49–74.

distischen Gruppenuniversität, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Ordinari-enuniversität ablöste und zu ihrer Öffnung und Demokratisierung beitrug.

Gleichzeitig stehen Hochschulen heute auch vor neuen Herausforderungen: Im letzten Jahrzehnt hat die politische Rechte weltweit verstärkt die Universitäten in den Blick genommen und fährt Kampagnen gegen unliebsame, weil vermeintlich »linke« oder »woke« Wissenschaft. Diese Angriffe tragen zur Schwächung der neoliberalen Universität bei, die sich ohnehin in der Krise befindet, da prekäre Arbeitsbedingungen, Bürokratie und Einsparungen beginnen, die Funktionalität der Institution insgesamt ins Wanken zu bringen. Somit scheint es im Bereich des Möglichen, dass nach der neoliberalen Reorganisation der Hochschulen nun eine autoritäre folgt. Allerdings gibt es auch heute widerständige Praktiken: Es finden Kämpfe um Wissen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse, sowie um kritische Bildung und Lehrinhalte statt. Ebenjene widersprüchliche, gesellschaftliche Konstellation steht im Fokus dieses Sammelbands.

Die Universität als gesellschaftliches Verhältnis

Wenn wir in diesem Band die Auseinandersetzungen und Kämpfe um, in und an der Universität in den Blick nehmen, dann liegt dem ein spezifisches Verständnis davon zugrunde, was Universitäten und Hochschulen sind. Anschließend an die materialistische Staatstheorie begreifen wir die Universität »als ein historisches epistemologisches Terrain [...], das den Prozess der Erkenntnis, der Wissensverarbeitung und -verbreitung auf eine spezifische Weise organisiert«. ¹⁴ Damit ist gemeint, dass die Universität nicht als neutraler Ort der Bildung und Forschung verstanden werden kann, sondern eine gesellschaftlich vermittelte und durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse strukturierte Institution ist. Der Sozialphilosoph Martin Birkner betont, dass der gesellschaftliche Aufstieg der Wissenschaft dabei insbesondere mit der Verwissenschaftlichung des Kapitalismus zusammenhängt, in deren Zuge sie zur »ersten Produktivkraft« werden konnte.

14 Demirović, Alex: »Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen. Für eine demokratische Hochschulreform – jenseits von ›Bologna««, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität*, Zürich: diaphanes 2010, S. 393.

»Aber auch die verheerenden Auswirkungen, welche die willfährige Mit-täterschaft von Wissenschaftler:innen bei der Ausbeutung und Unterdrückung zeitigte – vom frühen Stadium des Kolonialismus über die Pathologisierung und Psychiatriierung marginalisierter Gesellschaftsgruppen bis hin zur mörderischen Komplizenschaft von Ärzt:innen und Naturwissenschaftler:innen mit der Vernichtungsmaschinerie der Nazis, aber auch bei der Entwicklung der US-amerikanischen Atombombe – rückten grundsätzliche Kritik von Wissenschaft [...] ins Zentrum [...]«. ¹⁵

Diese historische Verflechtung verdeutlicht, dass die Universität nie außerhalb gesellschaftlicher Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse stand und steht. Sie ist immer auch eine Produktivkraft, die soziale, ökologische und politische Ordnungen mit hervorbringt.

Als öffentliche Institutionen sind Universitäten Teil der staatlichen Apparatur und zugleich ein sozialer Raum, in dem gesellschaftliche Widersprüche sowohl bearbeitet als auch legitimiert und reproduziert werden.¹⁶ In Universitäten und Hochschulen verdichten sich ökonomische, politische und ideologische Kräfteverhältnisse, die bestimmen, welches Wissen produziert, anerkannt und verbreitet wird, und welches marginalisiert oder ausgeschlossen bleibt (siehe *Alex Demirović* in diesem Band). Die Universität muss also als *umkämpftes gesellschaftliches Verhältnis* verstanden werden, »das den Prozess der Wissenserzeugung und -vermittlung unter straffen und hierarchischen Bedingungen organisiert und deswegen auch als ein Apparat bezeichnet werden kann, der im Bereich des Wissens eine neue Form von Herrschaft etabliert«. ¹⁷ Dabei ist die Universität mitnichten der einzige Ort in der Gesellschaft, an dem Wissen produziert wird – auch die gesellschaftlichen Wissenspraxen selbst haben sich gewandelt (siehe *Isabell Lorey* in diesem Band) –, doch sie stellt eine zentrale Instanz in der gesellschaftlichen Organisation von Wissen dar. Ihre besondere Rolle liegt darin, dass sie die Trennung zwischen »Wissenschaft« und vermeintlich oder tatsächlich »nichtwissenschaftlichem« Wissen

15 Birkner, Martin: »Einleitung des Herausgebers«, in: Ders. (Hg.), *Emanzipatorische Wissenschaftskritik in Zeiten von Klimakrise & Pandemie*, Wien: Mandelbaum 2022, S. 11.

16 Im deutschsprachigen Raum sind die meisten Hochschulen öffentlich, wenngleich in Teilen unter Beteiligung privatwirtschaftlicher Akteur*innen. In diesem Band geht es deshalb um das staatliche Hochschulsystem. Eine Betrachtung der Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Hochschulen wäre interessant, gerade unter Berücksichtigung der Neoliberalisierung, bleibt jedoch eine Leerstelle dieses Bands.

17 Demirović: »Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen«, S. 394.

institutionell absichert und damit wesentlich dazu beiträgt, welche Formen von Erkenntnis als legitim gelten:

»Die Trennung vom praktischen Wissen der Laien wird durch eine besondere Disziplinierung der Wissenschaftler selbst erzwungen. Sie haben vom ersten Tag ihrer Ausbildung zu lernen, dass sie die Welt, in der sie leben, unter dem Blickwinkel, passives Objekt bloßer Anschauung zu sein, erfassen, gliedern und technisch beherrschen sollen. Die erste Lebenslüge des universitären Wissens ist insofern, dass es von sich behauptet, wertneutral zu sein.«¹⁸

In diesem Sinne wirkt die Universität nicht nur als Ort der Wissensproduktion, sondern auch als Instanz der Wissensordnung. Sie klassifiziert, selektiert und hierarchisiert Wissen und Subjekte gleichermaßen (siehe *Tilman Reitz* in diesem Band).

Wie andere Staatsapparate besitzt die Universität eine »relative Autonomie«¹⁹: Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Allerdings entbindet diese Freiheit nicht von der Treue zur Verfassung, wie es in Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt. Diese Formulierung verweist bereits auf die Widersprüchlichkeit der Wissenschaftsfreiheit. Sie garantiert einerseits die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre gegenüber unmittelbaren politischen Eingriffen, bindet diese Freiheit jedoch zugleich an die bestehenden rechtlich-politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Staates. Mit der relativen Autonomie lässt sich dieses Spannungsverhältnis zwischen funktionaler Einbindung und partieller Eigenlogik der Universität innerhalb des staatlichen Ensembles beschreiben. Sie ermöglicht es, dass auch Formen kritischer Erkenntnis, theoretischer Reflexion und gesellschaftlicher Opposition hervorgebracht werden können. Gleichzeitig wirken ökonomische und politische Interessen über die Forschungsförderung und Drittmittelvergabe in die Wissenschaft hinein. Die Freiheit der Wissenschaft ist also eingebettet in gesellschaftliche Machtverhältnisse, die bestimmen, welche Themen förderwürdig erscheinen und welche Erkenntnisinteressen als legitim gelten.

Dass die Universität nicht vollständig in staatlichen und kapitalistischen Funktionslogiken aufgeht, verweist auf die doppelte Stellung der Universität

18 Demirović: »Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen«, S. 394.

19 Poulantzas, Nicos: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA 2002, S. 158.

im staats- und ideologietheoretischen Sinne: Einerseits ist sie Teil der »Reproduktionsapparate«²⁰, die die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse stabilisieren, indem sie die ideologischen und technologischen Voraussetzungen für die Fortsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse schaffen. Wissenschaft ist somit »selbst von Politik und Staat durchzogen, sie nimmt die Form der Ideologie an, die in materiellen Praxen [...] organisiert ist«.²¹ Andererseits ist sie aber auch ein Terrain, auf dem diese Verhältnisse infrage gestellt, kritisiert und in bestimmten Momenten sogar transformiert werden können. Damit wird deutlich, dass es in den Auseinandersetzungen und Kämpfen um, in und an der Universität nicht bloß um Reformen einzelner Studiengänge, um Verwaltungsstrukturen oder um Fragen der Finanzierung geht. Es geht vielmehr um den gesellschaftlichen Charakter des Wissens selbst, um die Bedingungen, unter denen Wissen produziert und vermittelt wird, und um die Frage, wem dieses Wissen dient. Die Auseinandersetzungen sind insofern immer auch Kämpfe um Hegemonie: um die Deutung dessen, was als Wissen gilt, und welche Zwecke Bildung und Forschung erfüllen.

Die Universität, so wird deutlich, ist nicht nur selbst ein gesellschaftliches Verhältnis, sondern muss auch stets im Verhältnis zur gesamten Gesellschaft betrachtet werden. Dies zeigt sich besonders vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe, in Zeiten von »Tendenzen der Faschisierung«²² und globalen »faschistische[n] Dynamiken«²³, von Kriegen und Militarisierung, sowie angesichts wachsender sozialer Ungleichheit. An den Hochschulen spiegelt sich diese »multiple Krise«²⁴ wider in den Themen der Forschung und Lehre ebenso wie in den materiellen Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit, und damit auch in den Auseinandersetzungen um Ressourcen, Anerkennung und Teilhabe, in den Kämpfen um kritische Inhalte und gegen Prekarisierung.

20 Althusser, Louis: *Über die Reproduktion*, Hamburg: VSA 2012.

21 Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit. Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015, S. 149.

22 Becker, Lia: »Deutschland am Kipppunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung«, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kipppunkt-becker/>, Zugriff am 05.11.2025.

23 Demirović, Alex: »Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?«, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/braucht-es-eine-erneuerung-der-faschismustheorie/>, Zugriff am 05.11.2025.

24 Demirović, Alex/Dück, Julia/Bader, Pauline/Becker, Florian: »Die multiple Krise – Krisendynamik im neoliberalen Kapitalismus«, in: Dies. (Hg.), *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA 2011, S. 11–28.

Aufgrund ihrer doppelten Stellung wird die Universität in der gegenwärtigen Krisenkonstellation einerseits zunehmend funktionalisiert, und bietet andererseits einen Raum für die kritische Auseinandersetzung mit ihr. So sollen an Universitäten beispielsweise die Grundlagen für die technologischen Innovationen gelegt werden, die für den sogenannten grünen Kapitalismus notwendig sind.²⁵ Auch wird die sicherheitspolitische oder gar Rüstungsforschung als Teil der Antwort auf die veränderte geopolitische Situation angesehen.²⁶ Andererseits entstehen innerhalb derselben Strukturen Räume der Kritik, in denen die gesellschaftlichen Ursachen der Krise selbst zum Gegenstand der Analyse werden: ökologische Zerstörung, autoritäre Formierung, kapitalistische Produktionsverhältnisse und »imperiale Lebensweise«²⁷. In der Universität werden also die hegemonialen Antworten auf Krisen formuliert und legitimiert, zugleich eröffnet eine ergebnisoffene und kritische Forschung aber auch alternative Perspektiven.

Angriffe auf Universitäten und Wissenschaft in autoritären Zeiten

Wer heute über autoritäre Angriffe auf Universitäten und Ressentiments gegenüber der Wissenschaft nachdenkt, denkt oft als Erstes an das, was zurzeit auf der anderen Seite des Atlantiks passiert. Das Vorgehen von Präsident Donald Trump und seiner Regierung ist eine beispiellose politische Intervention in das US-amerikanische Hochschulwesen: Wie der Politikwissenschaftler Terrence Casey darlegt, versucht Trump mit Exekutivanordnungen, mit Androhungen der Kürzung von Fördermitteln oder sogar dem möglichen Entzug der staatlichen Akkreditierung die Universitäten ideologisch neu auszurich-

25 Vgl. Wissen, Markus/Brand, Ulrich: »Emanzipatorische Perspektiven im ›Anthropozän‹. Über die Grenzen des grünen Kapitalismus und die Notwendigkeit einer radikalen Alternative«, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 52.207 (2022), S. 263–281.

26 Reimann, Janina: »Bayerns Weg zur Förderung der Bundeswehr. Verteidigungs- oder Hochschulpolitik?«, in: *Verfassungsblog*, 29.01.2025, <https://verfassungsblog.de/bayern-bundeswehr-hochschule/>, Zugriff am 13.11.2025.

27 Brand, Ulrich/Wissen, Markus: »Imperiale Lebensweise«, in: Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Schmitt, Tobias/Winterfeld, Uta von (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*, Bielefeld: transcript 2022, S. 393–398.

ten.²⁸ Konkret bezeichnet Trump die Hochschulen als »Bollwerke des Wokeismus«, die von vermeintlichen »marxistischen Fanatikern« betrieben würden, und nutzt bundesstaatliche Finanzierungsmechanismen, um Programme für »Diversity, Equity and Inclusion« abzuschaffen.²⁹ Zudem greift die Regierung massiv in die universitäre Autonomie ein. So wurden etwa die Columbia und die Harvard University wegen ihres Umgangs mit pro-palästinensischen Protesten und vermeintlichen oder tatsächlichen antisemitischen Vorfällen ins Visier genommen. Die Columbia University reformierte nach enormem Regierungsdruck ihre Lehrpläne und die Berufungspolitik, während die Harvard University sich weiter gerichtlich gegen den Entzug von rund 2,2 Milliarden US-Dollar an Fördergeldern wehrt. Die Trump-Regierung verlangt dort unter anderem Nachweise über »intellektuelle Diversität« und eine Überprüfung »ideologisch verzerrter« Fachbereiche.³⁰ Darüber hinaus ist geplant, Akkreditierungsagenturen zu überprüfen, was die inhaltliche Kontrolle über Studienprogramme weiter verstärken könnte. Casey bewertet dies als ideologischen Krieg gegen die Universitäten, der die föderale Bildungsfinanzierung als politisches Machtinstrument nutzt.

Doch auch im deutschsprachigen Raum mobilisiert die politische Rechte offensiv gegen vermeintlich linke Forschung und kritische Wissenschaften.³¹ Noch ist es in Deutschland zwar nicht so weit, dass die Alternative für Deutschland (AfD) an einer Regierung auf Landes- oder Bundesebene beteiligt ist. Sollte dies geschehen, dann könnte die AfD direkt auf die Vergabe von Fördermitteln und die Berufung von Professor*innen Einfluss nehmen – diese erfolgt zwar durch die jeweilige Hochschule, bedarf jedoch der formalen Zustimmung des zuständigen Landesministeriums. Auch durch die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung könnten dann potenziell Studierende gefördert werden.³²

28 Vgl. Casey, Terrence: »Trump Versus the Universities«, in: *Political Insight* 16.2 (2025), S. 4–7.

29 Casey: »Trump Versus the Universities«.

30 Casey: »Trump Versus the Universities«.

31 Vgl. Tagesschau: »Parteitag in Riesa. Weidel ist AfD-Kanzlerkandidatin«, 11.01.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/afd-weidel-riesa-100.html>, Zugriff am 04.11.2025.

32 Für weitere Informationen siehe Henschel, Anna: »Wie die AfD die Wissenschaft umbauen will«, in: *Wissenschaftskommunikation*, 09.07.2025, <https://www.wissenschaftskommunikation.de/wie-die-afd-die-wissenschaft-umbauen-will-90051/>, Zugriff am 13.11.2025.

Doch die politische Rechte nimmt, auch ohne in der Regierung zu sein, Einfluss auf Universitäten und Wissenschaft. So lassen sich auch im deutschsprachigen Raum autoritäre Tendenzen und allmähliche Prozesse der Faszisierung beobachten.³³

Im ersten Teil dieses Bandes sind deshalb Beiträge versammelt, die verschiedene Aspekte dessen beleuchten, wie die autoritären Tendenzen in der Universität zu spüren sind. *Birgit Sauer* untersucht in ihrem Beitrag, wie sich autoritäre Rechte in Österreich und Deutschland gegen Gender Studies richten, indem sie Forschung und Forschende diffamieren, bedrohen und deren wissenschaftliche Legitimität in Frage stellen. Dass die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen ganz besonders ins Visier dieser Akteur*innen gerät, erklärt sie dadurch, dass das Hinterfragen patriarchaler Verhältnisse nicht in das rechtsautoritäre Weltbild passt. Auch wenn ein tatsächliches Verbot der Gender Studies aufgrund der verfassungsmäßigen Wissenschaftsfreiheit unrealistisch erscheint, werden mit den wiederholten Angriffen, Sauer zufolge, weitere strategische Ziele verfolgt: Sie dienen der Mobilisierung von Anti-Intellectualismus, der Erringung kultureller Hegemonie, der Eroberung politischer Macht auf demokratischem Wege und letztlich der Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit geht jedoch nicht allein von der autoritären Rechten aus. Die Konflikte an Hochschulen und Universitäten in der Folge des Angriffs der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg in Gaza zeigten, dass auch die Parteien der sogenannten politischen Mitte nicht vor Eingriffen in die Autonomie der Universitäten zurückschrecken. Das wurde besonders deutlich in der sogenannten Fördergeldaffäre, in deren Verlauf das FDP-geführte Bundesministerium für Bildung und Forschung rechtswidrig prüfte, ob Unterzeichner*innen eines offenen Briefs, der sich gegen die Räumung eines palästinasolidarischen Protestcamps an der Freien Universität Berlin durch die Polizei aussprach,

33 Emanuel Kapfinger unterscheidet in seinem Aufsatz »Die Gegenwart des faschistischen Subjekts« zwischen Autoritarismus und Faschismus, und sieht in der gegenwärtigen Gesellschaft eben nicht nur autoritäre Kräfte, sondern auch faschistische Akteur*innen (vgl. Kapfinger, Emanuel: »Die Gegenwart des faschistischen Subjekts. Autoritarismus – Pseudosozialismus – eliminatorischer Faschismus«, in: Roepert, Leo (Hg.), *Kritische Theorie der extremen Rechten. Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co.*, Bielfeld: transcript 2023, S. 97–142).

förderrechtlich sanktioniert werden könnten.³⁴ Da offene Briefe durch die Meinungsfreiheit geschützt sind, muss eine solche Verknüpfung von politischen Äußerungen mit einer möglichen Kürzung der Forschungsförderung als Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit betrachtet werden. *Peter Ullrich* ordnet diesen und andere Vorfälle in seinem Beitrag in den Kontext eines »autoritären Anti-Antisemitismus« ein. Dieser zielt weniger auf die Bekämpfung von Antisemitismus als auf die Regulierung politisch missliebiger Äußerungen. Ullrich betont, dass die Kritik des Antisemitismus selbst ein unverzichtbarer Bestandteil emanzipatorischer Gesellschaftsanalyse ist, weil unbestreitbar ist, dass Eskalationen im israelisch-palästinensischen Konflikt regelmäßig mit antisemitischen Vorfällen einhergehen – darunter solchen, die sich in spezifischer Weise gegen Israel richten. Er zeigt, dass es bei den Repressionen gegen palästinasolidarische Stimmen oder Positionierungen von Wissenschaftler*innen jedoch auch autoritäre Tendenzen gibt, die lediglich unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Antisemitismus operieren.

Nicht nur in diesem Kontext ist auch die mediale Berichterstattung über Wissenschaft und Forschung zu beleuchten. Wenn öffentliche Positionierungen von Wissenschaftler*innen nicht mehr als legitime Meinungsäußerungen gewertet werden, kann dies zu einer Verengung der akademischen Debatte selbst beitragen. So untersucht *Aram Ziai* in seinem Beitrag, wie unter anderem die feuilletonistische Kritik an postkolonialen Studien und verwandten Forschungsperspektiven zur Delegitimierung akademischer Disziplinen und Paradigmen beiträgt und bestimmte Formen kritischer Wissensproduktion systematisch unter Antisemitismusverdacht stellt. Er legt dar, wie rechte Interventionen zunächst weitgehend ohne Resonanz in der liberalen und linken Öffentlichkeit blieben. Dies änderte sich jedoch mit einer Bundestagsresolution, durch die der Vorwurf des Antisemitismus gegen postkoloniale Studien zunehmend in den Mittelpunkt der medialen Debatte rückte. Damit erreichte eine zuvor vor allem am rechten Rand vertretene Kritik an post- und dekolonialen Studien die sogenannte gesellschaftliche Mitte und wurde in weiten Teilen der Öffentlichkeit wie auch der politischen Institutionen hegemonial.

Ein anders gelagerter, aber ebenso gravierender Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit zeigt sich im neuen Hochschulinnovationsgesetz des Frei-

34 Vgl. Himmelrath, Armin: »Eine Vielzahl an neuen Fragen. Union beantragt Sondersitzung zur Fördergeldaffäre«, in: *Spiegel Online*, 31.07.2024, <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/bettina-stark-watzinger-union-beantragt-sondersitzung-zur-foerdergeldaffaere-a-56fcc8e8-8e2d-4df4-a603-d5645b2f2127>, Zugriff am 18.11.2025.

staats Bayern.³⁵ Dieses Gesetz verpflichtet Hochschulen und Universitäten ausdrücklich dazu, Forschungsvorhaben durchzuführen, die dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsforschung zugerechnet werden, und verankert damit eine staatlich definierte Forschungspriorität im militärischen Sektor. Ein solcher Schritt markiert einen fundamentalen Bruch mit der bislang in Deutschland geltenden Tradition, die Ausrichtung der Forschung weitgehend der akademischen Selbstverwaltung zu überlassen. Indem die Politik Hochschulen verpflichtet, bestimmte Forschungsfelder zu bedienen und andere nachrangig zu behandeln, wird nicht nur in die autonome Schwerpunktsetzung der Universitäten eingegriffen, sondern auch das Selbstverständnis von Wissenschaft als einem Raum erkenntnisgeleiteter, nicht staatlich gelenkter Tätigkeit infrage gestellt. Besonders problematisch ist, dass diese Verpflichtung im Konflikt mit den an vielen Hochschulen verankerten Zivilklauseln steht, die Forschung ausschließen, die unmittelbar oder mittelbar militärischen Zwecken dient. Dies thematisiert *Baha Kirlidokme* im Interview mit *Jonathan Beullens* von der Zivilklauselinitiative Frankfurt in diesem Band. Das bayerische Gesetz zwingt die Hochschulen in ein Spannungsverhältnis zwischen rechtlicher Landesvorgabe und selbstgesetzten Leitlinien. Beullens legt dar, dass das auch langfristige Steuerungswirkungen entfalten kann, wenn Drittmittelstrategien, Personalpolitik und wissenschaftliche Ausrichtung zunehmend an sicherheitspolitischen Interessen ausgerichtet werden. Doch auch über Bayern hinaus, so Beullens, ist die Selbstverpflichtung der Wissenschaft auf zivile und friedliche Zwecke durch die generelle Aufrüstungsrhetorik bedroht.

Zudem lassen sich auch im Namen der Wissenschaftsfreiheit mitunter autoritäre Tendenzen ausmachen. Ein markantes Beispiel der letzten Jahre ist das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, das *Lukas Geisler* in den Fokus seines Beitrags nimmt. Er zeigt, wie das Netzwerk die Vorstellung einer angeblich von links getragenen »Cancel Culture« in der deutschen Wissenschaft konstruiert,

35 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern: »Söder gegen Wissenschaftsfreiheit. Verbot der Zivilklausel«, 04.04.2024, <https://www.gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/verbot-der-zivilklausel>, Zugriff am 20.11.2025; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern: »Hunderte klagen gegen Verbot von Zivilklauseln an Hochschulen und gegen Bundeswehr im Klassenzimmer«, 05.02.2025, <https://www.gew-bayern.de/presse/detailseite/hunderte-klagen-gegen-verbot-von-zivilklauseln-an-hochschulen-und-gegen-bundeswehr-im-klassenzimmer>, Zugriff am 20.11.2025.

durch die Andersdenkende unterdrückt würden. Die professoralen Intellektuellen des Netzwerks tragen ihm zufolge durch eine Form des »rebellischen Konformismus« dazu bei, autoritäre Tendenzen zu verstärken. Auf diese Weise werden die Universitäten zu Orten eines Hegemoniekampfes, an denen das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit von rechten Akteur*innen instrumentalisiert wird, um gesellschaftliche Machtverhältnisse zu erhalten oder zu verschieben, und zukünftige Eliten ideologisch zu prägen.

Widersprüche innerhalb der neoliberalen Strukturlogiken der Universität

Wissenschaften und Universitäten sind nicht nur *von außen* durch autoritäre Tendenzen gefährdet, auch die *internen* Funktionslogiken der universitären Wissensproduktion führen (immer mehr) zu Widersprüchen. Deutlich macht das zum Beispiel die im November 2025 unterzeichnete »Stockholmer Erklärung zur Reform des wissenschaftlichen Publizierens«, in der neue Qualitätsstandards für Veröffentlichungen gefordert werden.³⁶ Die Unterzeichner*innen begründen dies damit, dass sich durch den zunehmenden Karriere- und Publikationsdruck viele Forschende gezwungen sehen, möglichst viele Journalartikel zu veröffentlichen. Damit sei ein Anreizsystem entstanden, das Quantität über Qualität stellt. Die derzeitigen wissenschaftlichen Bedingungen haben so ein regelrechtes Geschäftsmodell hervorgebracht: sogenannte *Paper Mills*.³⁷ Dabei handelt es sich um kommerzielle Dienstleister, die wissenschaftliche Artikel gegen Bezahlung verfassen, fälschen oder manipulieren, oft inklusive erfundener Daten, gekaufter Autor*innenschaft, gefälschter Peer Reviews oder Fake-Journals. Das Phänomen sei besonders in der Medizin und in den Naturwissenschaften weit verbreitet. Eine aktuelle Studie zeigt, dass dieser wissenschaftliche Betrug zunehmend systematisch organisiert wird.³⁸ In der Stockholmer Erklärung wird konstatiert, dass gro-

36 Vgl. Vallbracht, Christine: »Forschende fordern Reformen im Publikationssystem«, in: *Forschung & Lehre*, 05.11.2025, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/forschende-fordern-reformen-im-publikationssystem-7378>, Zugriff am 20.11.2025.

37 Vgl. Byrne, Jennifer A./Abalkina, Anna/Akinduro-Aje, Olufolake/Christopher, Jana/Eaton, Sarah E./Joshi, Nitin/Scheffler, Ulf/Wise, Nick H./Wright, Jennifer: »A call for research to address the threat of paper mills«, in: *PLoS Biology* 22.11 (2024).

38 Vgl. Richardson, Reese A. K./Hong, Spencer S./Byrne, Jennifer A./Stoeger, Thomas/Nunes Amaral, Luís A.: »The entities enabling scientific fraud at scale are large, re-

ße Netzwerke aus Autor*innen, Herausgeber*innen und Vermittler*innen koordiniert zusammenarbeiten, um manipulierte oder gefälschte Artikel zu veröffentlichen. So würden Publikationen verkauft, Begutachtungsverfahren umgangen und ganze Fachzeitschriften oder Konferenzen gezielt für ihre Zwecke genutzt.³⁹ Künstliche Intelligenz (KI) verstärkt diese Tendenzen zusätzlich.

Die Stockholmer Erklärung fordert deshalb gemeinnützige Publikationsmodelle, unabhängige Kontrollmechanismen und qualitätsorientierte Anreizsysteme. Die Kontrolle über das wissenschaftliche Publizieren müsse wieder in die Hände der Forschungsgemeinschaft gelegt werden. Im Zentrum steht damit nicht nur der Kampf gegen Betrug im engeren Sinne, sondern eine grundsätzliche Kritik an der neoliberalen Logik der Wissensproduktion, die auf Effizienz, Kennzahlen und Wettbewerbsdruck setzt.⁴⁰

Dass die wissenschaftliche Rationalität durch die neoliberale Umstrukturierung der Hochschullandschaft zerstört werde, diagnostizierte Demirović bereits im Jahr 2004, fünf Jahre nachdem die Bologna-Erklärung verabschiedet wurde.⁴¹ Der Begriff »Bologna« wird im deutschsprachigen Raum oft als Sammelbegriff für zahlreiche Entwicklungen im Hochschulbereich genutzt, auch wenn nicht alle direkt auf die Bologna-Erklärung zurückgehen. Die Reform entstand vor dem Hintergrund zunehmender europäischer Integration und Globalisierung. Sie spiegelte zudem ein neues Verständnis von Bildung wider, das eng mit wirtschaftspolitischen Zielen verknüpft ist. Dieses Verständnis wird oft als neoliberal bezeichnet, wobei unter Neoliberalisierung insbesondere die Einführung von marktähnlichen Wettbewerbsmechanismen

silient, and growing rapidly», in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 122.32 (2025).

39 Schätzungen zufolge sind heute ein bis drei Prozent aller wissenschaftlichen Artikel von Fälschungen betroffen, in manchen Fachgebieten könnten es bis zu zehn Prozent sein, insgesamt könnten weltweit hunderttausende Arbeiten aus solchen Quellen stammen (vgl. Vallbracht, Christine: »Integrität der Wissenschaft. »Der menschliche Anteil geht zusehends zurück«, in: *Forschung & Lehre*, 21.03.2024, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/der-menschliche-anteil-geht-zusehends-zurueck-6320>, Zugriff am 10.11.2025).

40 Vgl. Vallbracht: »Forschende fordern Reformen im Publikationssystem«.

41 Vgl. Demirović, Alex: »Wissenschaft oder Dummheit. Die Zerstörung der wissenschaftlichen Rationalität durch Hochschulreform«, in: *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 34.137 (2004), S. 497–514.

in der Wissenschaft verstanden wird.⁴² In diesem Zusammenhang formulierte Demirović seine Kritik wie folgt:

»Zu befürchten ist, dass die aktuellen Veränderungen der Wissenschaftlichkeit schaden und eine Haltung kalter, neoliberaler Halbbildung gefördert wird. Obwohl Reformen dringend notwendig und sinnvoll sind, werden die gegenwärtig verfolgten Pläne, die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen, Studienzeitverkürzung, Studiengebühren, Umstellung auf BA- und MA-Studiengänge, Förderung von Spitzenuniversitäten vielfach kontraproduktiv wirken, zu einer weiteren Aushöhlung und Verschulung der Hochschulen führen und gerade damit das schädigen, wofür sie institutionell eigentlich geschaffen und aufrechterhalten werden: die Wissenschaften und ihre Qualität.«⁴³

Zwar wurden aufgrund der studentischen Proteste 2008 und 2009 keine allgemeinen Studiengebühren eingeführt (oder direkt wieder zurückgenommen) und vieles entwickelte sich anders als Kritiker*innen es erwartet hatten.⁴⁴ Doch die Umstrukturierung der Hochschulen unter konservativen oder neoliberalen Vorzeichen lässt sich klar über mehr als drei Jahrzehnte verfolgen und wird heute, unter anderem durch die zunehmende Rolle von KI, weiter verdichtet.

Der staatlich geschaffene Wettbewerb um Studierende, Forschungsfinanzierung und akademische Karrieren erzeugt also einen permanenten Wettbewerbs- und Publikationsdruck, der nicht nur kritische Wissenschaft marginalisiert, sondern auch im Allgemeinen die Qualität der Wissenschaft erheblich beeinträchtigt. Die Beiträge des zweiten Teils widmen sich vor diesem Hintergrund den Kämpfen um die Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen, den Bedingungen kritischer Wissensproduktion an Universitäten und gegenwärtigen Austeritätspolitikern an der neoliberalen Universität.

Tilman Reitz beschreibt in seinem Beitrag, dass sich an den Hochschulen eine besonders hartnäckige neoliberale Regierungsweise etabliert hat, die die Beteiligten vor allem durch Wettbewerbsmechanismen diszipliniert. Wenn

42 Vgl. Gutjahr, Clara: »Bologna«. Mehr als eine Erklärung«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 139–154.

43 Demirović: »Wissenschaft oder Dummheit«, in: PROKLA, S. 502.

44 Vgl. Unbedingte Universitäten: »Vorwort«, in: Dies. (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 9–11.

man verstehe, welche Auswirkungen dieser Prozess auf die eigene Arbeit und Haltung habe, könne dies helfen, gegen neue autoritäre Entwicklungen wirksamer vorzugehen. Dadurch dass sich quantifizierbare Leistungsindikatoren wie Publikationszahlen oder Drittmiteinnahmen durchsetzen konnten, habe sich eine quasi-tayloristische Produktionsweise von Wissen etabliert, in der akademische Arbeit zunehmend nach Effizienz- und Outputkriterien organisiert wird. Mit dieser Entwicklung sei ein spezifischer Typus von Intellektuellen an Universitäten und Hochschulen dominant geworden, die Bestätigungsintellektuellen. »Bestätigungsintellektualität« zeichnet sich, Reitz zufolge, dadurch aus, dass sie im eigenen politischen oder akademischen Lager vor allem das bestätigt, was dort ohnehin schon gedacht wird und damit Zustimmung sichert, Ressourcen mobilisiert und Wirksamkeit erzeugt, aber wenig Neues hervorbringt.

Die AG *Arbeitsunsinn* untersucht diese Arbeits- und Forschungsbedingungen mithilfe des Begriffs der »Bullshit-Jobs« des US-amerikanischen Kulturanthropologen David Graeber. Wie die AG *Arbeitsunsinn* zeigt, empfinden wissenschaftliche Mitarbeiter*innen im akademischen Mittelbau aufgrund der Ökonomisierung der Hochschulen durch Wettbewerbsmechanismen und Leistungsmessungen ihre Arbeit zunehmend als sinnlos. Sie geben an, mehr Zeit mit dem Schreiben von Anträgen und dem Präsentieren der Ergebnisse zu verbringen als mit der Forschung selbst. Zudem verhindere die ständige Unsicherheit kontinuierliches Arbeiten. Als Gegenmaßnahme fordert die AG *Arbeitsunsinn* daher unbefristete Stellen im Mittelbau und demokratischere Strukturen an den Hochschulen, um wissenschaftliches Arbeiten wieder sinnvoll gestalten zu können.

Die Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen werden auch von *Amrei Bahr*, *Kristin Eichhorn* und *Sebastian Kubon* in den Blick genommen. Sie legen dar, dass nahezu alle Wissenschaftler*innen in der sogenannten frühen Qualifikationsphase auf Grundlage befristeter Verträge arbeiten: Einer aktuellen Erhebung zufolge sind 90 Prozent der Wissenschaftler*innen ohne Professur unter 45 Jahren befristet angestellt. Die Autor*innen, die 2021 mit der Aktion #IchBinHanna eine breite Protestbewegung ins Leben riefen, haben die weit verbreitete prekäre Beschäftigungssituation in der deutschen Wissenschaft sichtbar gemacht. Seitdem kämpfen unter diesem Namen zahlreiche Wissenschaftler*innen gegen befristete Verträge, Kettenverträge und unsichere Karriereperspektiven, die keine Ausnahmen, sondern strukturprägende Merkmale des deutschen Hochschulsystems darstellen. Besonders betroffen

ist der sogenannte akademische Mittelbau, der den Großteil der Lehre und Forschung trägt, ohne Aussicht auf Dauerstellen oder planbare Karrierewege.

Diese strukturelle Prekarität ist nicht nur eine soziale Frage, sondern wirkt sich auch auf die Qualität und Unabhängigkeit wissenschaftlicher Arbeit aus: Sie fördert Konkurrenzdruck und die Anpassung an Drittmittellogiken, und hemmt langfristige Forschungsperspektiven. Die Debatte um #IchBinHanna markiert insofern einen Wendepunkt. Seither wurde das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das die rechtliche Grundlage für die befristete Beschäftigung von Wissenschaftlerinnen bildet, nicht grundlegend reformiert, obwohl es im Zentrum der Kritik steht. In der Praxis bedeutet dies, dass viele Wissenschaftler*innen nach Jahren intensiver Forschung und Lehre das Hochschulsystem verlassen müssen. Die Forderungen nach planbaren Karrierewegen, Dauerstellen im Mittelbau und einer Entfristungskultur stoßen bislang lediglich auf symbolische Anerkennung.⁴⁵

Doch auch über die #IchBinHanna-Kampagne hinaus regte sich in den letzten Jahren Widerstand gegen die prekäre Beschäftigung an Hochschulen. Am 20. November 2023 streikten Beschäftigte an über 80 Hochschulen in ganz Deutschland. Ann-Kathrin Hoffmann und Marvin Hopp schildern ihre Eindrücke in dem Sammelband *Arbeitskämpfe an die Hochschulen!* wie folgt:

»Laufend wurden neue Fotos von versperrten Eingängen zu Hochschulgebäuden und Instituten sowie Bilder von Kolleg*innen an Streikposten geteilt. Dann erste offizielle Meldungen: Einschränkungen im Service, an einigen Hochschulen sogar Schließung von Hörsaalgebäuden und Mensen; etwas später stehen in Köln und Bonn die Teilchenbeschleuniger still. Es folgten Bilder von Campuskundgebungen, Videos, auf denen bunter Rauch über den Demonstrierenden aufsteigt, Medienberichte über die Proteste von Studierenden und Hochschulbeschäftigten, sogar eine Meldung auf Tageschau.de – und überall das gelbe Banner mit der gemeinsamen Forderung: »Schluss mit prekärer Wissenschaft!«⁴⁶

45 Siehe auch Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: *#IchBinHanna. Prekäre Wissenschaft in Deutschland*, Berlin: Suhrkamp 2022.

46 Hoffmann, Ann-Kathrin/Hopp, Marvin: »Ein überfälliger Aufbruch!«, in: Dies. (Hg.), *Arbeitskämpfe an die Hochschulen! Beschäftigungsbedingungen und Strategien gewerkschaftlicher Gegenmacht*, Hamburg: VSA 2025, S. 12.

Dass es so weit kam, ist, neben den prekären Beschäftigungsbedingungen, »jeder Menge Organisierung«⁴⁷ in den letzten Jahren geschuldet. *Andreas Keller* legt dar, dass die Gewerkschaften zunehmend Strategien der tarifpolitischen Auseinandersetzung verfolgen, weil es vor dem Hintergrund der anhaltenden Prekarisierung wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse kurzfristig erscheint, auf einen erneuten gesetzgeberischen Reformversuch des Sonderbefristungsrechts zu setzen. Entscheidend für tarifpolitischen Erfolg sei jedoch weniger die Qualität der Argumente als vielmehr das Maß an gewerkschaftlicher Organisierung und kollektiver Handlungsbereitschaft unter den Beschäftigten. Erst wenn eine kritische Masse bereit ist, Arbeitskämpfe auch im Hochschulbereich zu führen, können nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden. Dass tarifpolitische Initiativen durchaus Wirkung entfalten können, zeigt das von Keller beleuchtete Beispiel des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), der im Nachgang des Hochschulaktionstages 2023 ausgehandelt wurde.

Aktuell werden die prekären Arbeitsbedingungen jedoch noch durch tatsächliche und vermeintliche Sparzwänge verschärft. So diskutieren *Simone Claar und Tobias Cepok*, wie »organisierte Knappheit« und »autoritäre Steuerung«, also Unterfinanzierung und Wettbewerb, Hochschulen langfristig schaden. Wie anfangs am Frankfurter Beispiel der *No Cuts*-Proteste aufgerufen, stehen in einigen Bundesländern, wie Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin, Kürzungen im Hochschulsektor an. Claar und Cepok diagnostizieren, dass das Zusammenwirken von autoritärer Steuerung, künstlicher Wettbewerbsorientierung und struktureller Unterfinanzierung direkte Auswirkungen auf zentrale Aufgaben und die Qualität von Lehre und Forschung haben wird. Unter anderem werde auch der Betreuungsschlüssel weiter sinken.

Organisierte Halbbildung in der ungleichen Universität

Diese Bedingungen haben also auch für Studierende direkte Auswirkungen. Als »organisierte Halbbildung« beschreibt Demirović den Einfluss der Entwicklung der letzten 30 Jahre in Bezug auf die Wissensvermittlung.⁴⁸ Zwar

47 Hoffmann/Hopp: »Ein überfälliger Aufbruch!«, S. 12.

48 Demirović: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion«, S. 302.

studiert mittlerweile über die Hälfte eines Jahrganges, allerdings ist das Studium durch die Modularisierung, schlechte Betreuungsverhältnisse und eine Vielzahl an Leistungsprüfungen so strukturiert, dass oft gar keine Zeit bleibt, relevantes kritisches Wissen kennenzulernen und sich anzueignen. So kommt es zu einer »Erosion des Wissens und der Bildungserfahrung«,⁴⁹ Gleichzeitig müssen zwei Drittel bis drei Viertel der Studierenden in Deutschland neben dem Studium arbeiten, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken. Dies führt dazu, dass »eine neue Form des temporalen, funktionalen Proletariats« entsteht, das »effektiv Kapital« verwertet.⁵⁰ Zudem werden Studierende dadurch um »die Teilnahme an kollektiven Bildungs- und begrifflichen Prozessen gebracht«.⁵¹

Feingliedriger theoretisiert Lisa Marie Münster den Begriff der organisierten Halbbildung: Nach der Bologna-Reform und der Einführung der damit verbundenen neoliberalen Steuerungslogiken – Effizienz, Wettbewerb und Verwertbarkeit – wird Bildung formal weiterhin propagiert, praktisch jedoch auf messbare Outputs wie Leistungspunkte, Abschlusszeiten oder Karriereorientierung reduziert.⁵² Dies zeigt sich auf drei Ebenen: erstens in der institutionellen Organisation von Studium und Lehre, zweitens in der Gestaltung und Selektion von Inhalten und drittens in den Alltagspraxen der Studierenden und Lehrenden, die die Strukturen (re-)produzieren.⁵³

Zudem haben die derzeitigen Rahmenbedingungen Einfluss darauf, dass sich – trotz Gleichstellungs- und Diversitätspolitik – soziale Ungleichheit und institutionelle Diskriminierung fortschreiben. Hochschulen und Universitäten drücken sich durch eine starke soziale Selektivität aus. Sabine Hark und Johanna Hofbauer machen in diesem Bereich zwar eine »erhöhte Betriebsamkeit« aus, allerdings würden diese Bestrebungen bei weitem nicht ausreichen, »um Universitäten und Hochschulen sozial gerechter, inklusiver und diskriminierungsärmer zu gestalten«.⁵⁴ Weiter schreiben sie:

49 Demirović: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion«, S. 301.

50 Demirović: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion«, S. 302.

51 Demirović: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion«, S. 302.

52 Vgl. Münster: »Was ist Organisierte Halbbildung?«

53 Vgl. Münster: »Was ist Organisierte Halbbildung?«

54 Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna: *Die ungleiche Universität. Diversität, Exzellenz und Anti-Diskriminierung*, Wien: Passagen 2023, S. 99.

»Universitäten könnten zwar unzählige Aktivitäten etwa auf den Feldern der Frauenförderung, Mentoring, Bewerbungstrainings oder *managing diversity* vorweisen, schafften es bislang aber nicht, mit diesen Maßnahmen und Mechanismen institutionelle Diskriminierung effektiv zu bekämpfen.«⁵⁵ Denn Universitäten würden oft nach der Devise »tun, was gut aussieht und wenig kostet« arbeiten. Dies führe dazu, dass viele Universitäten eine »Anbau-Strategie« verfolgen, was Hark und Hofbauer als »strategisch zurückhaltend«⁵⁶ auffassen:

»Sie tun dies, indem sie vielerorts erst einmal eine neue Stelle für Diversity-Agenden schaffen. Vergleichbar zu universitären Gleichstellungsdokumenten und Diversity-Leitbildern setzt auch der Stellen-»Anbau« vermeintlich ein sichtbares Zeichen gegenüber der Umwelt: er demonstriert, dass die Organisation Verantwortung für ein neues Problem übernimmt. Dabei wissen alle, dass nicht die Stelle als solche für den organisationellen Wandel entscheidend ist, sondern ihre Ausstattung mit Entscheidungs- und Handlungskompetenzen, wieviel Macht ihr also eingeräumt wird, auf die Prozesse von Leistungsmessung und Leistungsbewertung sowie, vor allem, Rekrutierung transformierend einwirken können.«⁵⁷

Dieser entscheidende Unterschied zwischen Reden und Tun sei nicht zufällig:

»[E]r kann das Resultat sorgfältiger Überlegung darstellen, wie auf einen Konflikt zu reagieren ist – zwischen von außen herangetragenen widersprüchlichen Umwelterwartungen oder zwischen externen Anforderungen und internen Erwartungen. Universitätsleitungen können Stabstellen dann etwa nützen, um Gleichstellungsgovernance zu demonstrieren, zugleich aber potenzielle Ängste vor und Widerstand gegen Veränderung innerhalb der Organisation zu reduzieren, in dem die Stelle mit Aufgaben betraut wird, die niemandem weh tun, zugleich aber vorzeigbare Aktivitäten demonstrieren.«⁵⁸

Wie Hark und Hofbauer zeigen, bleibt in der Diversitätspolitik der Universitäten vieles auf Maßnahmen beschränkt, die vor allem nach außen Engagement signalisieren, ohne jedoch reale Macht- und Entscheidungsstrukturen

55 Hark/Hofbauer: *Die ungleiche Universität*, S. 99f.

56 Hark/Hofbauer: *Die ungleiche Universität*, S. 111.

57 Hark/Hofbauer: *Die ungleiche Universität*, S. 112.

58 Hark/Hofbauer: *Die ungleiche Universität*, S. 113.

zu verändern. Gleichstellungsarbeit wird mitunter dafür genutzt, um externen Erwartungen gerecht zu werden, ohne die Machtverhältnisse zu hinterfragen oder zu verschieben. Katharina Hoppe u.a. nennen dies im Kontext eines konkreten Falles die »Nicht-Performativität von Antidiskriminierung«.⁵⁹

Wettbewerb auf die Spitze getrieben: Die Exzellenzstrategie

Eine weitere Facette der neoliberalen Reorganisation der Universitäten und Hochschulen ist die Fokussierung auf Exzellenz. Die »Exzellenzinitiative« startete 2005 als hochschulpolitisches Förderprogramm des Bundes und der Länder in Deutschland und wurde 2019 von der »Exzellenzstrategie« abgelöst.⁶⁰ Die Initiative wurde mit dem Ziel eingeführt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Universitäten zu stärken, Spitzenforschung zu fördern und die Profilbildung der Hochschulen voranzutreiben. Sie entstand in einem Kontext einer politisch gewollten Zunahme der Konkurrenz unter Hochschulen, insbesondere im Zuge des Bologna-Prozesses und der neoliberalen Umstrukturierung des Hochschulsystems. Sie sollte »Leuchttürme« der Forschung in Deutschland schaffen, die Sichtbarkeit deutscher Universitäten im internationalen Vergleich erhöhen sowie den Wettbewerb zwischen Hochschulen fördern.⁶¹

Der Literaturwissenschaftler und Schriftsteller Ottmar Ette beschreibt im 2013 erschienen *Bologna-Bestiarium*, was den Bologna-Prozess und die Exzellenzinitiative verbindet: »der entschlossene Versuch, die Zeit zu kontrollieren,

59 Hoppe, Katharina/Klingenberg, Darja/Thompson, Vanessa Eileen/Trautmann, Felix/Vorbrugg, Alexander: »Worüber wir reden, wenn wir mit jemandem nicht reden wollen. Zum Spannungsverhältnis von Rassismuskritik und Meinungsfreiheit an der Universität«, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 4.1 (2018), S. 167–176, hier: S. 172.

60 Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft/Wissenschaftsrat: »Zur Entstehung und den Hintergründen – ExStra – Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder«, <https://www.exzellenzstrategie.de/was-ist-die-extra/zur-entstehung-und-den-hintergruende-n/>, Zugriff am 11.11.2025.

61 Deutsche Forschungsgemeinschaft/Wissenschaftsrat: »Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative«, 2015, <https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/DFG-WR-Bericht-Juni2015.pdf>, Zugriff am 11.11.2025.

zu beherrschen und wo irgend möglich zu beschleunigen«. ⁶² Am Ende sind beide aber bloß »Arbeit am Mythos«:

»Die Exzellenz als selbstinszenierte Intelligenz verbreitet dabei den Mythos der Effizienz, der gerade darum besteht, weil er sich nicht echt überprüfen lassen will. Durchlässigkeiten zwischen unterschiedlichen nationalen Bildungssystemen wollen nicht steigen, Studienabbrecherquoten wollen nicht sinken, Durchschnittszeiten für Dissertationen wollen nicht fallen. Umso besser: So folgt Reform auf Reform auf Reform. Und umso wichtiger ist die gezielte Arbeit am Mythos, an jenen Mythen des reformierten wissenschaftlichen Alltags, in denen Intelligenz und Exzellenz wie Naturphänomene erscheinen, weil sie in Form von Zeitmanagement und Akzeleration messbar zu sein vorgeben. Exzellenz wird dadurch erzielt, dass die Mittel ungleich verteilt werden.« ⁶³

Die Exzellenzstrategie ist aus diesen Gründen hoch umstritten. So fördert sie Ungleichheit im Hochschulsystem (»*the best and the rest*« ⁶⁴), verstärkt den Wettbewerbsdruck und die Ökonomisierung der Forschung, und benachteiligt kleinere und weniger forschungsstarke Hochschulen. Im neu aufgesetzten Programm der Exzellenzstrategie wird als Ziel der Exzellenzcluster und -universitäten die Förderung exzellenter Forschung und Institutionen genannt. Aufgrund dieser tautologischen Argumentation bezeichnet der Philologe Jürgen Paul Schwindt den Begriff Exzellenz als »transgenerische Vokabel«: »Exzellenz ist der Inbegriff des nicht diskursfähigen Wortes. Wir sollten es daher künftig mit einem Ausrufezeichen versehen: ›Exzellenz! (Fragen Sie nicht weiter!)« ⁶⁵

Im Kern geht es bei der Exzellenzstrategie um Bundesmittel, die an Wenige verteilt werden. ⁶⁶ Aktuell sind es 539 Millionen Euro jährlich, ab 2026 sollen

62 Ette, Ottmar: »Exzellenz(en), velociferische. Zum Bestiarium blendender Bologna-Eliten«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 107.

63 Ette: »Exzellenz(en), velociferische«, S. 109.

64 Ette: »Exzellenz(en), velociferische«, S. 109.

65 Schwindt, Jürgen Paul: »Exzellenz«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 101.

66 Der Bund trägt 75 Prozent der Förderung bei, den Rest müssen das jeweilige Land oder die Universität selbst bereitstellen.

sogar 687 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stehen.⁶⁷ Wie Tilman Reitz in einem Interview sagte, ist die Exzellenzstrategie insofern die »Spitze des Eisbergs« des derzeitigen Wissenschaftssystems: Zwar seien die Förderzeiträume mit sieben Jahren relativ lang, allerdings »treten die Forschungsinhalte [...] völlig gegenüber den Marketing-Strategien der Unileitungen zurück«.⁶⁸ Durch den Wettbewerb würden Hochschulen zudem in eine Hierarchie gepresst:

»Das bedeutet für alle, die im Exzellenzwettbewerb verlieren, massive Überbelastungen in der Lehre, während bei den wenigen Exzellenz-Gewinnern ironischerweise die ›besten‹ Forschenden in großem Umfang von der Lehre befreit und durch einen erweiterten Hofstaat von den Studierenden fern gehalten werden. Die Hierarchisierung schwächt aber nicht nur die Lehre, sie wird absehbar auch dazu führen, dass wohlhabende und gebildete Eltern ihre Kinder vermehrt an die ›Spitzenuniversitäten‹ schicken – also zu vergrößerter sozialer Ungleichheit. Die Universitäten in den USA oder in vielen Ländern Lateinamerikas geben hierfür ein deutliches Beispiel; der neue Wettbewerb schafft eine Art akademischen Feudalismus, in dem sozialer Status durch Hochschulbesuch weitergegeben wird.«⁶⁹

Die Exzellenzstrategie ist für Silke van Dyk und Tilman Reitz deshalb ein Symptom eines »akademischen Neo-Feudalismus«.⁷⁰ Darunter verstehen sie die ständisch-hierarchische Struktur des Hochschulsystems, in der Professor*innen als privilegierte Akteur*innen über weitreichende Macht und große Ressourcen verfügen, während der akademische Mittelbau in abhängige, prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingebunden bleibt. So verbinde das deutsche Hochschulsystem ökonomisierte Wettbewerbslogiken (Drittmittelkonkurrenz, Projektlogik) mit feudal-hierarchischen Strukturen (Lehrstuhlprinzip, persönliche Abhängigkeiten), was ein Ausbeutungssystem eigener Qualität entstehen lasse.

67 Vgl. Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt: »Exzellenzstrategie«, https://www.bmfr.bund.de/DE/Forschung/Wissenschaftssystem/Hochschulen/Exzellenzstrategie/exzellenzstrategie_node.html, Zugriff am 20.11.2025.

68 Bremisch, Marlis: »Für gute Forschung und Lehre – Interview mit Prof. Dr. Tilman Reitz«, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen, 12.10.2016, <https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/fuer-gute-forschung-und-lehre-interview-mit-prof-dr-tilman-reitz>, Zugriff am 11.11.2026.

69 Bremisch: »Für gute Forschung und Lehre«.

70 van Dyk, Silke/Reitz, Tilman: »Projektförmige Polis und akademische Prekarität im universitären Feudalsystem«, in: *Soziologie* 46.1 (2017), S. 62–73.

Bedingungen und Möglichkeiten kritischer Wissensproduktion an Universitäten

Die Angriffe auf Universitäten, Disziplinen und Fächer, auf Wissensfelder und sogar auf einzelne – als »links« oder »kritisch« markierte – Wissenschaftler*innen, ebenso wie die staatlich verankerten Logiken des neoliberal reorganisierten Hochschulwesens, das selbst autoritäre Tendenzen hervorbringt oder zumindest deren Bedingungen schafft, können einen konsterniert zurücklassen. Denn sowohl das neoliberale Wissenschaftssystem als auch die autoritären Verheißungen einer anderen »Wissenschaft« – auf Nation, Familie und traditionelle Werte ausgerichtet – untergraben wissenschaftliche Rationalität, die auf Erkenntnis ausgerichtet ist. Die Universität zu einer demokratischen Institution der kritischen Wissenschaft zu machen, die wissenschaftlichen Standards folgt statt wirtschaftlichen Prinzipien, ist in der aktuellen autoritären Konjunktur daher mehr als geboten. Gleichzeitig erscheint eine solche Erneuerung blockiert, weil die Voraussetzungen, unter denen Forschung und Lehre heute stattfinden (Prekarisierung, Drittmittelabhängigkeit, Wettbewerb und Konkurrenz, sowie persönliche Abhängigkeiten), Konformität belohnen – ob in Form von Meinungsäußerungen von Wissenschaftler*innen oder in der Wahl der Forschungsthemen. Indem sie Wandel blockieren, machen die neoliberalen Steuerungslogiken die aktuellen Missstände erst zur Krise. Dementsprechend ist beispielsweise zu fragen, inwiefern die Berufung auf Wissenschaftsfreiheit, die lange eher von konservativer bis reaktionärer Seite bemüht wurde, die richtige Strategie für diejenigen ist, die für kritische Wissenschaft eintreten. Die doppelte Herausforderung besteht darin, sich weder in die Defensive des Status quo zurückzuziehen noch den autoritären Regress zu akzeptieren.

Damit knüpfen wir wissenschaftstheoretisch an die ältere Kritische Theorie an. Max Horkheimer formulierte in dem Aufsatz »Traditionelle und kritische Theorie« die Einsicht, dass kritische Wissenschaft nicht bloß beschreibend oder erklärend sein kann, wie in der sogenannten traditionellen Theorie (oder positivistischen Wissenschaft, wie Adorno sie nennen wird⁷¹), sondern immer auch ein Urteil über die gesellschaftliche Wirklichkeit als

71 Adorno, Theodor W.: »Einleitung zum ›Positivismusstreit in der deutschen Soziologie‹«, in: *Gesammelte Schriften* 8. *Soziologische Schriften I*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1972.

Ganze abgibt.⁷² Dieses Urteil enthält eine Existenzbehauptung: dass die bestehende Gesellschaft in ihrer historisch bestimmten Form tatsächlich so da ist. Zugleich impliziert es, dass diese Existenz veränderbar und kritikwürdig ist, denn »[j]eder ihrer Teile [der kritischen Theorie] setzt die Kritik und den Kampf gegen das Bestehende in der von ihr selbst bestimmten Richtung voraus.«⁷³ Dementsprechend gilt es, sich für eine kritische Wissenschaft einzusetzen, die – durch die Kraft ihrer Existenzurteile – »genauso Scheiben einwirft wie unsublimierte Aggression«.⁷⁴ Es geht also sowohl um ein emphatisches Eintreten für Wahrheit und Vernunft, die selbst gesellschaftliche Verhältnisse sind, als auch darum, für ihre Geltung im gesellschaftlichen Handgemenge zu kämpfen.⁷⁵

In diesem Sinne fragt *Alex Demirović* in seinem Beitrag nach dem Verhältnis der gesellschaftlichen Linken zur Hochschule. Er konstatiert, dass dieses Verhältnis oft von Enträuschung geprägt ist, mit der unterschiedlich umgegangen wird. Sich in der Konsequenz von der Universität abzuwenden, sei trotz der vielen Gründe, die Hochschulen zu kritisieren, aber der falsche Weg. Demirović plädiert dafür, die Frage einer egalitären Hochschulbildung nicht isoliert zu betrachten, sondern im Zusammenhang mit der gesamten gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Wenn wissenschaftliche Bildung und Forschung allen offenstehen soll und zugleich die bisherige, auf migrantische Arbeitskräfte abgewälzte Trennung von Kopf- und Handarbeit überwunden werden muss, erfordere das eine grundlegende gesellschaftliche Neuordnung. Wissenschaftliche Tätigkeit und andere gesellschaftlich notwendige Arbeiten müssten so organisiert werden, dass alle an beiden Bereichen teilhaben können.

Während Demirović die Wissenschaft in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung betrachtet, untersucht *Isabell Lorey* in ihrem Beitrag die Rolle von Wissen als Produktionsfaktor im heutigen »kognitiven Kapitalismus«. Sie legt dar, dass die kapitalistische Produktionsweise sich seit der Krise des Fordismus grundlegend gewandelt hat, und Wissen, Kommunikation und Kooperation

72 Vgl. Horkheimer, Max: »Traditionelle und kritische Theorie«, in: *Gesammelte Schriften. Band 4: Schriften 1936–1941*, Frankfurt a.M.: Fischer 2022, S. 201.

73 Horkheimer, Max: »Traditionelle und kritische Theorie«, S. 203.

74 Horkheimer, Max: »Theorie ist Aggression«, in: *Gesammelte Schriften. Band 14: Nachgelassene Schriften 1949–1972*, Frankfurt a.M.: Fischer 2022, S. 224.

75 Siehe auch Demirović, Alex: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Wien: Mandelbaum 2023, S. 9.

zu den zentralen Quellen der Wertschöpfung geworden sind. Vor diesem Hintergrund erscheint die neoliberale Transformation der Universität als Konsequenz eines sich verändernden Kapitalismus – die Hochschulen sind heute Teil der kapitalistischen Wertschöpfung und müssen dementsprechend auch deren Logiken folgen. Wissen wird diesem Verständnis nach aber nicht nur an Hochschulen produziert. Vielmehr ist es durch die digitale Infrastruktur im Überfluss vorhanden, wird aber zugleich künstlich knappgehalten – etwa durch Urheber- und Patentrechte sowie durch die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. Um das verknappte Wissen zu kapitalisieren, werden immaterielle, affektive und emotionale Tätigkeiten in Wert gesetzt, die Lorey unter Kommunikation und Kooperation fasst. Angesichts dieses »Kognitiv-Werdens« des Kapitalismus fragt Lorey nach den Möglichkeiten, den Zugang zu den durch Wissen gemeinsam produzierten Produkten zu sozialisieren und zu kommunalisieren.

Die Wichtigkeit von Wissen im gegenwärtigen Kapitalismus hat auch die politische Rechte erkannt. *Daniela Gottschlich und Tobias Schmitt* sprechen in ihrem Beitrag darüber, dass dementsprechend auch die Ökologie zu einem umkämpften Feld wird. Sie fragen sich zudem, welche Implikationen die autoritären Tendenzen in den Hochschulen aber auch der weiteren Gesellschaft für kritische Wissenschaften haben. An Horkheimers Verständnis anschließend verstehen sie darunter das beständige Hinterfragen der bestehenden Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse, das eine bessere Welt ermöglichen soll. Im Kontext eines zunehmenden Autoritarismus können Diskursanalysen, Gottschlich und Schmitt zufolge, als methodisches Werkzeug dienen, um die Legitimation und Normalisierung rechter Narrative zu verstehen und zu dekonstruieren. Denn beispielsweise würden ökologische Debatten von rechten Akteur*innen strategisch genutzt, um Anschlussfähigkeit zu erzeugen und umweltpolitische Maßnahmen zu blockieren. Um autoritären Tendenzen entgegenzuwirken, brauche es jedoch nicht nur kritische Forschung. Auch durch transformative Lehrformate können Studierende kritisches Denken, Empathie und Handlungsfähigkeit vermittelt bekommen. Gottschlich und Schmitt plädieren deshalb dafür, Hochschulen zu »Möglichkeitsorten« für einen weiteren gesellschaftlichen Wandel zu machen.

Dass die Universität auch ein kollektives, affektives Lernumfeld sein kann, in dem neue Formen des gemeinschaftlichen Handelns erprobt werden, wird auch von *Asena Dizbay, Lisa-Marie Harling, Lena Labuwy-Stark, Stefan Schüller, Julia Weber und Nergis Yilmaz* hervorgehoben. Als Studierende der Bergischen Universität Wuppertal organisierten sie im Frühjahr 2024 eine dreitägige

Akademie, um die gesellschaftlichen Herausforderungen der Klimakrise zu diskutieren. In ihrem Beitrag greifen die Autor*innen die Organisation und Durchführung dieser Veranstaltung als alternative Bildungserfahrung auf. Sie untersuchen, wie eine solche innerhalb der Hochschule gemacht werden konnte, obwohl diese Institution eigentlich einen Ort der Halbbildung darstellt: dominiert von Prinzipien des Kompetenzerwerbs und der Leistungssteigerung. Dabei stellen sie fest, dass es auch heute Lücken und Nischen in der Universität gibt, in denen Bildungserfahrungen gemacht werden können, die von Offenheit und Differenz geprägt sind. Die Frühlingsakademie betrachten die Autor*innen als ein solches »Dazwischen« im universitären Verhältnis.

Dagegen versucht *Ricarda Biemüller* in ihrem Beitrag die historischen und gegenwärtigen Gründe für einen akademischen Exodus zu verstehen. Unter diesem Begriff fasst sie ein Paradox: Obwohl immer mehr Menschen an Universitäten studieren und arbeiten, haben sich viele innerlich von der Institution gelöst. Studierende, Lehrende und Forschende sind zwar körperlich präsent und erfüllen ihre Aufgaben, doch sie fühlen sich der Universität kaum noch verbunden, weil diese nur noch begrenzte Räume für wissenschaftliche Freiheit, intellektuelle Neugier und gemeinsame Orientierung bietet. Stattdessen dominieren Verwaltung, Leistungsdruck und formale Anforderungen. »Exodus« meint hier also nicht das tatsächliche Verlassen der Hochschule, sondern ein inneres Abschiednehmen.

Im Umkehrschluss verweist diese Verlassenheit gerade darauf, dass die Universität nicht notwendig so bleiben muss: Damit die verlassene Universität keine verlassene bleibt, gilt es, die Bedingungen des Lernens, Lehrens und Forschens so zu verändern, dass erneut Bindungen, Teilhabe und ein geteiltes Verständnis wissenschaftlicher Praxis entstehen können. Die Beiträge in diesem Teil zeigen also, dass trotz aller Krisenmomente vielfältige Ansätze kritischer Wissenschaften existieren.

Rückblick und Ausblick

Dieser Sammelband entstand im Nachgang der Tagung *Organisierte Halbbildung. Konferenz zur Kritik der neoliberalen Universität*, an der im Oktober 2024 über 1.000 Menschen teilnahmen. Drei Tage lang wurde in Workshops und parallel stattfindenden Podien gemeinsam über eine andere Universität gelernt, diskutiert und gestritten. In den Workshops stellten die Autor*innen

des kurz zuvor erschienenen Sammelbandes *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform* ihre Beiträge zur Diskussion. Darüber hinaus luden wir Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen, Publizist*innen und Studierende zu Podiumsdiskussionen ein, um über die Universität in der multiplen Krise der Gesellschaft zu diskutieren. Einige von ihnen sind in diesem Band mit Beiträgen vertreten und führen Diskussionen der Konferenz in dieser Form fort. Darüber hinaus konnten wir weitere Autor*innen für den Sammelband gewinnen.

Auch wenn der »Rechtsruck« bereits in aller Munde war, zum Zeitpunkt der Konferenz waren weder der Wahlsieg Trumps, noch die Neuwahlen in der Bundesrepublik oder die aktuelle Kürzungswelle absehbar. Der Fokus des Bandes auf die sich weiter verstärkenden autoritären Tendenzen bildete sich deshalb erst später, in der Absprache mit den Autor*innen heraus. Die Beiträge stellen so in vielerlei Hinsicht Momentaufnahmen dar. Sie reflektieren den Stand der Debatten über Universitäten in Deutschland und darüber hinaus im Jahr 2025 und zeigen gleichzeitig, dass die Bedingungen für ein alternatives Universitätssystem im Hier und Jetzt vorhanden sind. Damit ist gemeint: Weder ist entschieden, dass autoritäre Kräfte weiterhin Aufwind erleben oder sich die aktuelle Kürzungswelle als allgemeine Tendenz durchsetzt, noch dass sich die Situation automatisch zum Besseren wenden wird. Sicher ist nur, dass auch in den kommenden Jahren auf diesem Terrain Auseinandersetzungen um Emanzipation, ideologische Herrschaft und politische Macht geführt werden. Als »theoretische Praxis« ist dieser Band selbst Teil dieser Auseinandersetzungen.⁷⁶ Denn indem die Autor*innen sowohl die Angriffe auf Wissenschaftsfreiheit und Universitäten als auch die bestehenden Strukturen hinterfragen, setzen sie Impulse für eine solidarische und demokratische Gestaltung von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Frankfurt a. M./Berlin, November 2025

76 Broll, Mirko/Fleischmann, Eva (Hg.): »Kritische Theorie bedeutet, analytisch ›aufs Ganze‹ zu gehen.‹ Stephan Lessenich im Interview über Kritische Theorie als politische Praxis und das Verhältnis des IfS zu emanzipatorischen Bewegungen«, in: *Handeln in einer schlechten Welt. Zur Kritik im Handgemein*, Berlin: Bertz + Fischer 2024, S. 230.

Literatur

- Adorno, Theodor W.: »Einleitung zum ›Positivismusstreit in der deutschen Soziologie‹«, in: *Gesammelte Schriften 8. Soziologische Schriften I*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1972.
- Althusser, Louis: *Über die Reproduktion*, Hamburg: VSA 2012.
- Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: *#IchBinHanna. Prekäre Wissenschaft in Deutschland*, Berlin: Suhrkamp 2022.
- Becker, Lia: »Deutschland am Kippunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung«, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kippunkt-becker/>, Zugriff am 05.11.2025.
- Belina, Bernd/Petzold, Tino/Schardt, Jürgen/Schipper, Sebastian: »Die Goethe-Universität zieht um. Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1.1 (2013), S. 49–74.
- Birkner, Martin: »Einleitung des Herausgebers«, in: Ders. (Hg.), *Emanzipatorische Wissenschaftskritik in Zeiten von Klimakrise & Pandemie*, Wien: Mandelbaum 2022, S. 9–17.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus: »Imperiale Lebensweise«, in: Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Schmitt, Tobias/Winterfeld, Uta von (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*, Bielefeld: transcript 2022, S. 393–398.
- Bremisch, Marlis: »Für gute Forschung und Lehre – Interview mit Prof. Dr. Tilman Reitz«, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen, 12.10.2016, <https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/fuer-gute-forschung-und-lehre-interview-mit-prof-dr-tilman-reitz>, Zugriff am 11.11.2026.
- Broll, Mirko/Fleischmann, Eva (Hg.): »›Kritische Theorie bedeutet, analytisch ›aufs Ganze‹ zu gehen.‹ Stephan Lessenich im Interview über Kritische Theorie als politische Praxis und das Verhältnis des IfS zu emanzipatorischen Bewegungen«, in: *Handeln in einer schlechten Welt. Zur Kritik im Handgemenge*, Berlin: Bertz + Fischer 2024.
- Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt: »Exzellenzstrategie«, https://www.bmfr.bund.de/DE/Forschung/Wissenschaftssystem/Hochschulen/Exzellenzstrategie/exzellenzstrategie_node.html, Zugriff am 20.11.2025.

- Byrne, Jennifer A./Abalkina, Anna/Akinduro-Aje, Olufolake/Christopher, Jana/Eaton, Sarah E./Joshi, Nitin/Scheffler, Ulf/Wise, Nick H./Wright, Jennifer: »A call for research to address the threat of paper mills«, in: *PLoS Biology* 22.11 (2024).
- Casey, Terrence: »Trump Versus the Universities«, in: *Political Insight* 16.2 (2025), S. 4–7.
- Demirović, Alex: »Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?«, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/braucht-es-eine-erneuerung-der-faschismustheorie/>, Zugriff am 05.11.2025
- Demirović, Alex: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Wien: Mandelbaum 2023.
- Demirović, Alex: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion an Hochschulen. Ein Gespräch mit Martin Birkner«, in: Birkner, Martin (Hg.), *Emanzipatorische Wissenschaftskritik in Zeiten von Klimakrise & Pandemie*, Wien: Mandelbaum 2022, S. 297–323.
- Demirović, Alex: »Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen. Für eine demokratische Hochschulreform – jenseits von »Bologna««, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität*, Zürich: diaphanes 2010, S. 393–405.
- Demirović, Alex: »Wissenschaft oder Dummheit. Die Zerstörung der wissenschaftlichen Rationalität durch Hochschulreform«, in: *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 34.137 (2004), S. 497–514.
- Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit. Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Bader, Pauline/Becker, Florian: »Die multiple Krise – Krisendynamik im neoliberalen Kapitalismus«, in: Dies. (Hg.), *Viel-fachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA 2011, S. 11–28.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft/Wissenschaftsrat: »Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative«, 2015, <https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/DFG-WR-Bericht-Juni2015.pdf>, Zugriff am 11.11.2025.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft/Wissenschaftsrat: »Zur Entstehung und den Hintergründen – ExStra – Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder«, <https://www.exzellenzstrategie.de/was-ist-die-extra/zur-entstehung-und-den-hintergruenden/>, Zugriff am 11.11.2025.
- van Dyk, Silke/Reitz, Tilman: »Projektförmige Polis und akademische Prekari-tät im universitären Feudalsystem«, in: *Soziologie* 46.1 (2017), S. 62–73.

- Ette, Ottmar: »Exzellenz(en), velociferische. Zum Bestiarium blendender Bologna-Eliten«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 105–110.
- Fachschaft Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt: »#NOCUTSATGOETHE. Zahlen und Fakten«, <https://www.nocutsatgoethe.de/zahlen-und-fakten-1>, Zugriff am 18.11.2025.
- Fankel, Johanna: »Kritik der unternehmerischen Hochschule. Von Employability und ihren hochschulpolitischen Konsequenzen«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 197–210.
- Fleming, Peter: *Dark Academia. How Universities Die*, London: Pluto Press 2021.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern: »Hunderte klagen gegen Verbot von Zivilklauseln an Hochschulen und gegen Bundeswehr im Klassenzimmer«, 05.02.2025, <https://www.gew-bayern.de/presse/details/eite/hunderte-klagen-gegen-verbot-von-zivilklauseln-an-hochschulen-und-gegen-bundeswehr-im-klassenzimmer>, Zugriff am 20.11.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern: »Söder gegen Wissenschaftsfreiheit. Verbot der Zivilklausel«, 04.04.2024, <https://www.gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/verbot-der-zivilklausel>, Zugriff am 20.11.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Frankfurt: »Widerstand gegen den neuen Hochschulpakt«, <https://www.gew-frankfurt.de/flz/artikel/details/widerstand-gegen-den-neuen-hochschulpakt>, Zugriff am 18.11.2025.
- Gutjahr, Clara: »Bologna«. Mehr als eine Erklärung«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 139–154.
- Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna: *Die ungleiche Universität. Diversität, Exzellenz und Anti-Diskriminierung*, Wien: Passagen 2023.
- Henschel, Anna: »Wie die AfD die Wissenschaft umbauen will«, in: *Wissenschaftskommunikation*, 09.07.2025, <https://www.wissenschaftskommunikation.de/wie-die-afd-die-wissenschaft-umbauen-will-90051/>, Zugriff am 13.11.2025.
- Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: »Hessischer Hochschulpakt 2026–2031«, https://wissenschaft.hessen.de/sites/wissenschaft.hessen.de/files/2025-07/hessischer_hochschulpakt_2026-2031.pdf, Zugriff am 18.11.2025.

- Hessenschau: »Hochschulpakt: Demos an mehreren hessischen Unis gegen Kürzungen«, 08.07.2025, <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/hochschulpakt-demos-an-mehreren-hessischen-unis-gegen-kuerzungen-v2,demo-hochschulen-100.html>, Zugriff am 18.11.2025.
- Himmelrath, Armin: »Eine Vielzahl an neuen Fragen. Union beantragt Sondersitzung zur Fördergeldaffäre«, in: *Spiegel Online*, 31.07.2024, <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/bettina-stark-watzinger-union-beantragt-sondersitzung-zur-foerdergeldaffaere-a-56fcc8e8-8e2d-4df4-a603-d5645b2f2127>, Zugriff am 18.11.2025.
- Hoffmann, Ann-Kathrin/Hopp, Marvin: »Ein überfälliger Aufbruch!«, in: Dies. (Hg.), *Arbeitskämpfe an die Hochschulen! Beschäftigungsbedingungen und Strategien gewerkschaftlicher Gegenmacht*, Hamburg: VSA 2025.
- Hoppe, Katharina/Klingenberg, Darja/Thompson, Vanessa Eileen/Trautmann, Felix/Vorbrugg, Alexander: »Worüber wir reden, wenn wir mit jemandem nicht reden wollen. Zum Spannungsverhältnis von Rassismuskritik und Meinungsfreiheit an der Universität«, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 4.1 (2018), S. 167–176.
- Horkheimer, Max: »Traditionelle und kritische Theorie«, in: *Gesammelte Schriften. Band 4: Schriften 1936–1941*, Frankfurt a.M.: Fischer 2022.
- Horkheimer, Max: »Theorie ist Aggression«, in: *Gesammelte Schriften. Band 14: Nachgelassene Schriften 1949–1972*, Frankfurt a.M.: Fischer 2022.
- Kapfinger, Emanuel: »Die Gegenwart des faschistischen Subjekts. Autoritarismus – Pseudosozialismus – eliminatorischer Faschismus«, in: Roepert, Leo (Hg.), *Kritische Theorie der extremen Rechten. Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co.*, Bielefeld: transcript 2023, S. 97–142.
- Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin: Suhrkamp 2011.
- Münster, Lisa Marie: »Was ist Organisierte Halbbildung? Eine Annäherung an die Realität von Studierenden heute«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 29–42.
- Poulantzas, Nicos: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA 2002.
- Readings, Bill: »Dwelling in the Ruins«, in: *University of Toronto Quarterly* 66.4 (1997).
- Readings, Bill: *The University in Ruins*, Cambridge: Harvard University Press 1996.

- Reimann, Janina: »Bayerns Weg zur Förderung der Bundeswehr. Verteidigungs- oder Hochschulpolitik?«, in: *Verfassungsblog*, 29.01.2025, <https://verfassungsblog.de/bayern-bundeswehr-hochschule/>, Zugriff am 13.11.2025.
- Richardson, Reese A. K./Hong, Spencer S./Byrne, Jennifer A./Stoeger, Thomas/Nunes Amaral, Luís A.: »The entities enabling scientific fraud at scale are large, resilient, and growing rapidly«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 122.32 (2025).
- Schwindt, Jürgen Paul: »Exzellenz«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013.
- Tagesschau: »Parteitag in Riesa. Weidel ist AfD-Kanzlerkandidatin«, 11.01.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/afd-weidel-riesa-100.html>, Zugriff am 04.11.2025.
- Unbedingte Universitäten: »Vorwort«, in: Dies. (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 9–11.
- Vallbracht, Christine: »Blick nach Brüssel. Forschung soll EU wettbewerbsfähig machen«, in: *Forschung & Lehre*, 04.12.2024, <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/eu-will-mit-forschung-die-wettbewerbsfaehigkeit-st-eigern-6801>, Zugriff am 13.11.2025.
- Vallbracht, Christine: »Integrität der Wissenschaft. »Der menschliche Anteil geht zusehends zurück««, in: *Forschung & Lehre*, 21.03.2024, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/der-menschliche-anteil-geht-zusehends-zurueck-6320>, Zugriff am 10.11.2025.
- Vallbracht, Christine: »Forschende fordern Reformen im Publikationssystem«, in: *Forschung & Lehre*, 05.11.2025, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/forschende-fordern-reformen-im-publikationssystem-7378>, Zugriff am 20.11.2025.
- Wissen, Markus/Brand, Ulrich: »Emanzipatorische Perspektiven im »Anthropozän«. Über die Grenzen des grünen Kapitalismus und die Notwendigkeit einer radikalen Alternative«, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 52.207 (2022), S. 263–281.